

Swissmem Medienkonferenz zum Thema China – Schweiz vom 13. Juli 2021 in Zürich

«Die Schweiz muss ihre Neutralität betonen und sich als unverzichtbare Partnerin behaupten»

Referat von Martin Hirzel, Präsident Swissmem

Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Einschätzungen zu China und unseren Vorschlägen für die China-Politik der Schweiz.

Die Schweiz hat seit Jahrzehnten ein spezielles Verhältnis zu China und war oft Pionierin – auf politischer und wirtschaftlicher Ebene: Die Eidgenossenschaft gehörte zu den ersten Ländern, welche die Volksrepublik China 1950 politisch anerkannte und wir sind das einzige europäische Land, welches seit 2014 mit China über ein Freihandelsabkommen verfügt.

Der gleiche Pioniergeist gilt für die Schweizer Wirtschaft und insbesondere für die Industrie. Schindler gründete beispielsweise als erstes ausländisches Unternehmen ein Joint-Venture in China. Heute hat eine Vielzahl unserer MEM-Firmen eine Niederlassung in China, die von Vertrieb über Service-Unterstützung bis zu Produktion sowie Forschung und Entwicklung viele Tätigkeiten abdecken.

Damit leistet die Schweizer Industrie ihren wichtigen Beitrag dazu, dass in China eine Mittelschicht entsteht und Millionen von Menschen der Armut entfliehen konnten. Mit dem Handel und dem Austausch von Ideen und Mitarbeitenden steigt zudem das gegenseitige Verständnis und der gegenseitige Respekt. Ich habe selber viele Jahre in China gelebt und gearbeitet. Ich kann deshalb aus eigener Erfahrung sagen: China und die Schweiz begegnen sich grundsätzlich auf Augenhöhe, auch wenn wir unterschiedliche Ansichten über die Freiheit der Gesellschaft und der Demokratie haben.

Diese gute Beziehung der Schweiz zu China dauert seit langem an, unabhängig unserer Verschiedenheit. Sie ist wichtig in einer Welt, die scheinbar wieder von einem bipolaren Konflikt geprägt sein wird, dieses Mal zwischen den USA und China.

Die Welt befindet sich bereits in einer negativen Spirale und sie trifft alle, gerade auch die Schweiz. Die Liste von chinesischen Firmen, welche auf der US-Sanktionsliste stehen, wird immer länger. China reagiert seinerseits mit einem Anti-Sanktionsgesetz, das Firmen, welche US-Sanktionen einhalten, der Gefahr von strafrechtlichen Sanktionen aussetzt.

Viele internationale Expertinnen und Experten sowie Politikerinnen und Politiker sind deshalb besorgt über die Entwicklung der vergangenen fünf bis zehn Jahre. Wir lesen es täglich in den Zeitungen: Da ist einerseits die Angst des Westens vor seinem eigenen Macht- und Bedeutungsverlust und andererseits das aufstrebende China, das immer aggressiver seine Interessen vertritt. Ähnliche Ängste sind jedoch auch in China zu beobachten: da sind der gewaltige Schuldenberg von 270 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Abnahme der arbeitstätigen Bevölkerung, die enormen sozialen und regionalen Unterschiede und ein immer feindlicher gegenüberstehender Westen, der die Entwicklung argwöhnisch beobachtet.

Tektonische Verschiebungen zwischen Grossmächten haben in den letzten Jahrhunderten meist zu Konflikten geführt. Diese Entwicklung betrifft nicht nur China: Generell ist in der heutigen Zeit der Geist von wirtschaftlicher Offenheit und der Problemlösung über den Multilateralismus unter Druck. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Sie führt zu Missverständnissen und Negativspiralen. So ist bei aller berechtigten Kritik an China das Bild des Landes oft verzerrt.

Deshalb gibt es neu eine gemeinsame Studie des VDMA, des Verbands der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer, und von Swissmem, welche die wirtschaftlichen Reformen und weitere Öffnungen Chinas aufzeigt, ohne dabei naiv über die Herausforderungen für unsere Unternehmen hinwegzusehen.

Immer mehr befinden wir uns in einem rechtlichen Dschungel sich widersprechender, extraterritorial wirkender Gesetze, in denen Unternehmen sich gar nicht mehr in alle Richtungen gleichermassen gesetzeskonform verhalten können. Wo der Hammer der USA oder Chinas trifft, ist dabei oft unsicher und unvorhersehbar. Diese Rechtsunsicherheit ist gefährlich und schädlich, da sie entweder investitions hemmend wirkt oder Investitionen Vorschub leistet, die nach politischen und nicht nach wirtschaftlichen Kriterien gefällt werden. Und klar ist, dass der Hammer der Grossmächte arbiträr zuschlägt und die jeweils eigenen Firmen schont.

Besonders betroffen davon sind kleine offene Volkswirtschaften. Ihnen ging es in den letzten 70 Jahren gut dank Multilateralismus, Freihandel und vom Völkerrecht geprägten internationalen Beziehungen. Irland, die Niederlanden, Dänemark, die Schweiz, oder auch Singapur – diese Länder gehören heute zu den erfolgreichsten Staaten – auf jeder Skala. Sie könnten aber zu den grössten Verlierern einer Ära von Protektionismus und Nationalismus gehören.

Damit haben diese Länder wie die Schweiz aber auch ein Recht und eine Pflicht, ihre Interessen zu verteidigen. Für die Schweiz, die zwar klar westliche Werte vertritt aber zu keinem Block gehört, ist das schwieriger. Da gibt es nur einen Weg, der aus drei Pfeilern besteht:

- Die Unverzichtbarkeit der Schweiz als wirtschaftliche und diplomatische Partnerin
- Die Unverzichtbarkeit unserer Unternehmen, Investoren und Lösungserbringer für die Herausforderungen unserer Zeit
- Die sicherheitspolitische und aussenpolitische Neutralität der Schweiz mit dem Verzicht auf die Übernahme der Sanktionspolitik ausserhalb der UNO, also entweder der USA, Chinas oder der EU.

Zum ersten Punkt: Für die Bedeutung der Unverzichtbarkeit der Unternehmen ist die Pandemie ein perfektes Anschauungsbeispiel. Innert Wochen hat die EU verstanden, dass viele unserer Industriefirmen unentbehrlich sind für die Gesundheits- und Güterversorgung in Europa. Nach zwei bis drei Wochen und zwei bis drei nicht in die Schweiz gelieferten Containern mit Masken, hat die EU die Schweiz für die Pandemie als integralen Bestandteil des Binnenmarktes eingestuft.

Swissmem-Mitglieder sind beispielsweise bei der Herstellung von Beatmungsgeräten unverzichtbar. Dafür braucht es Elektromotoren sowie Sensoren. Zur Abfüllung von Impfstoffen sind Automatisationsmaschinen gefragt, während die Herstellung von Impfnadeln und Spritzen nach Werkzeugmaschinen sowie Elastomer-Komponenten verlangt. Schweizer Technologie ist aber auch essenziell beim Klimaschutz. Wenn China sein Ziel der Klimaneutralität bis 2060 erreichen will, braucht sie unsere MEM-Lösungen bei der CO₂-freien Energieerzeugung und Schweizer Produkte zur Energiespeicherung.

Zweitens: In der Unverzichtbarkeit von Schweizer Firmen liegt die beste sicherheits- und aussenwirtschaftspolitische Trumpfkarte der Schweiz – und nicht im Ruf nach Selbstversorgung oder dem schädlichen Versuch der Politik, Lieferketten auseinanderzureissen und autark neu zu gestalten. Die Politik soll vielmehr die industriellen Perlen mit guten Rahmenbedingungen unterstützen und dafür sorgen, dass neue Perlen hier entstehen oder in die Schweiz ziehen.

Drittens muss die aussenwirtschaftspolitische Neutralität wieder vermehrt betont und geschützt werden. Die Schweiz soll sich nicht in den Konflikt der Grossmächte ziehen lassen, sondern unabhängig und neutral bleiben. Die berühmten Guten Dienste der Schweiz sind von vielen anderen Staaten kopiert worden. Hier braucht es ein aktiveres Engagement, damit unser Land auf internationaler Ebene unverzichtbarer wird.

Generell sind einzig die Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats zu übernehmen. Bei Sanktionen anderer Staaten stellt die Schweiz sicher, nicht als Umgehungsstandort missbraucht zu werden. Sanktionen haben in der Geschichte immer die autokratischen Regime gestärkt. Wenn die Schweiz chinesische Bürger vom kommerziellen Handel und intellektuellen Austausch ausschliesst, sind diese noch mehr von den Ideen und Informationen des Westens abgeschnitten.

Deshalb lehnen wir auch die zahlreichen China-kritischen Vorstösse im Parlament, welche von linker Seite eingereicht wurden, ab. Diese schaden mehr, als sie nützen. Sie setzen auf einseitiges China-Bashing und gefährden die von mir beschriebene einzigartige Unverzichtbarkeit der Schweiz im diplomatischen und wirtschaftlichen Sinne. Hingegen begrüssen wir die grundsätzliche Stossrichtung des Bundesrates und die von ihm erlassene China-Strategie der Schweiz.

Wir sollen Kritik an der Menschenrechtssituation in China üben. Aber dies über die dafür vorgesehenen Plattformen der UNO und auf dem Weg des bilateralen Dialoges. Belehrende Kritik in der Öffentlichkeit kommt nicht nur in der Schweiz schlecht an, sondern auch in jedem anderen Land der Welt. In diesem Sinne fordern wir die rasche Wiederaufnahme des Menschenrechtsdialogs zwischen China und der Schweiz, aber hinter der Kulisse. Ebenfalls sollten wir auf Boykotte verzichten, schaden diese doch vor allem der lokalen Bevölkerung. Die vorgelebte Alternative von Freiheit, offener Gesellschaft, verantwortungsvoller, liberaler Politik ist die beste Waffe gegen ein totalitäres System.

Die Schweiz sollte sich zudem wieder für eine Reform und Stärkung internationaler Organisationen wie namentlich der WTO einsetzen, damit Multilateralismus, Völkerrecht und Freihandel Aufwind erhalten.

Zusammenfassend sind wir überzeugt, dass eine solche Politik gegenüber China und der Welt im Interesse der Schweiz ist. Eine solche Strategie ist auch im Interesse von Frieden und Stabilität: eine durch Protektionismus, Populismus und Nationalismus angefeuerte Negativspirale wird nur zu Konflikten führen. Die Schweiz kann dazu beitragen, eine solche Spirale zu verhindern.

Gerne übergebe ich nun das Wort an Markus Herrmann. Er ist Co-Autor einer vom VDMA und Swissmem bei Sinolytics in Auftrag gegebenen Studie. Sie analysiert aktuelle und künftig zu erwartende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen in China und zeigt deren Auswirkungen auf den schweizerischen und deutschen Maschinenbau auf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Weitere Auskünfte erteilt:

Swissmem Kommunikation
Pfingstweidstrasse 102, CH-8037 Zürich
Tel. 044 384 41 11 / E-Mail: presse@swissmem.ch